

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 24. März 1955

Blatt 416

Landesschulinspektoren im Wiener Rathaus

=====

24. März (RK) Die Teilnehmer an der nach Wien einberufenen Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Landesschulinspektoren für die gewerblichen Berufsschulen wurden gestern ins Wiener Rathaus eingeladen, wo sie von Bürgermeister Jonas im Beisein von Vizebürgermeister Weinberger, Stadtrat Mandl und dem Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Nationalrat Dr. Zechner begrüßt wurden. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft aus den Bundesländern wurden durch Ministerialrat Dipl. Ing. Cech vom Bundesministerium für Unterricht vorgestellt.

Die Wiener Stadtväter benützten diese Gelegenheit zur Diskussion über verschiedene Fragen des Berufsschulwesens. Bürgermeister Jonas verwies auf das außerordentliche Interesse der Bundeshauptstadt für eine möglichst gründliche und umfangreiche Ausbildung unseres gewerblichen Nachwuchses. Dieses Bestreben wurde auch beim Wiederaufbau der Wiener Berufsschulen zum Ausdruck gebracht. Die Schulmänner aus den Bundesländern berichteten dann über ihre guten Eindrücke, die sie bei der Besichtigung der Einrichtungen an einigen Berufsschulen, so in der Mollardgasse und im Schulbauhof in Kagran gewonnen haben. Sie regten an, Lehrerexkursionen aus den Bundesländern nach Wien zu führen.

- - -

Fußgängertunnels auch unter dem Praterstern
=====

24. März (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten übertrug in seiner heutigen Sitzung auf Antrag von Stadtrat Thaller die Bauausführung der ersten beiden Fußgängertunnels auf dem Praterstern der Union-Baugesellschaft. Zunächst werden die Tunnels unter der Lassallestraße und in Richtung zum künftigen Nordbahnhof in Angriff genommen. Insgesamt sind auf dem Praterstern sieben Fußgängertunnels vorgesehen. Der längere der beiden ersten Tunnels ist 72.5 Meter lang, der kürzere 33.5 Meter. Sie werden 2.50 Meter hoch und 4.20 Meter breit sein. Beide Tunnels werden durch Freitreppen zugänglich sein. Für die Erd- und Baumeisterarbeiten an den beiden Tunnels, die sofort begonnen werden, wurden 2,680.000 Schilling bereitgestellt.

- - -

Unterwasserscheinwerfer für das Theresienbad
=====

24. März (RK) Im Park des Theresienbades wurde mit dem Aushub für das neue Schwimmbecken des Sommerbades begonnen. Das Bassin wird 33.3 Meter lang und 14 Meter breit sein. Es soll als erstes Schwimmbecken Wiens mit Unterwasserscheinwerfern ausgestattet werden. Durch die Ausleuchtung des Wassers wird die Sicherheit im Badebetrieb erhöht. Der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten bewilligte in seiner heutigen Sitzung für die Anschaffung von 20 Unterwasserscheinwerfern, die in die Seitenwände des Beckens eingebaut werden, 73.000 Schilling.

- - -

Rundfahrt "Neues Wien"
 =====

24. März (RK) Samstag, den 26. März, Route III mit Besichtigung des Fröbel-Kindergartens, des Karl Seitz-Hofes, der Siedlung Jedlesee mit Schule und Kindergarten sowie der Siedlung an der Siemensstraße mit der Heimstätte für alte Menschen und dem Volksheim Jedlersdorf der Wiener Volksbildung.

Abfahrt vom Neuen Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 14 Uhr.

- - -

Die Assanierungen in der Inneren Stadt
 =====

Stadtrat Thaller nimmt Stellung im Bauausschuß

24. März (RK) In der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates haben Gemeinderäte der ÖVP einen Antrag betreffend die Erhaltung historischer Häuser in Wien eingebracht. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dem Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten zugewiesen. In der heutigen Sitzung des Bauausschusses beantworteten Stadtrat Thaller und Stadtbaudirektor Dipl. Ing. Hosnedl diesen Antrag. Der Gemeinderatsausschuß hat die folgende Erklärung des Stadtbaudirektors zustimmend zur Kenntnis genommen:

"Der Amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI hat schon vor einiger Zeit die Weisung gegeben, daß von der Stadtplanung im Einvernehmen mit den Kunsthistorikern und den sonstigen zuständigen Stellen (Kulturamt der Stadt Wien, Bundesdenkmalamt) die historisch bedeutsamen Stadtgebiete festgestellt werden und bei Assanierungen auf die Erhaltung dieser Stadtteile Rücksicht genommen wird. Es sollen dann Gebäude in solchen Gebieten, die wegen ihres Bauzustandes abgebrochen werden müssen, deren Aussehen aber für den Charakter des Stadtbildes von Bedeutung ist, wieder so aufgebaut werden, daß die alte Schauseite in ihrem Aussehen und in ihrer Führung nachgebildet wird. Dieser Weisung entsprechend wird schon der Wiederaufbau des zum Abbruch bestimmten städtischen Alt-

hauses 1, Schönlaterngasse vorgenommen werden".

Anschließend beschäftigte sich Stadtrat Thaller mit der Frage der Assanierung der Altstadt. Allgemein wird die Gemeinde Wien bestrebt sein, führte er aus, bei den notwendigen Abbrüchen von nicht erhaltungswürdigen Objekten den Charakter der Altstadt zu erhalten. Alle verantwortlichen Funktionäre der Stadtverwaltung haben Verständnis für die Erhaltung der baulichen Zeugen aus der Vergangenheit unserer Stadt. Leider sind diesem Erhaltungswillen aber gewisse Schranken gesetzt. Wie alles im Leben sind auch Bauwerke vergänglich, das heißt, sie haben nur eine gewisse Lebensdauer. Drei-, vier- oder fünfhundert Jahre alte Häuser können auch bei Aufwendung von noch so großen finanziellen Mitteln nicht immer erhalten werden. Daher wird doch das eine oder andere alte Haus verschwinden müssen. Auch der Verkehr wird manche Änderungen erfordern.

Es besteht aber die Absicht, erklärte Stadtrat Thaller, an Stelle alter Objekte, die technisch ganz einfach nicht mehr erhalten werden können, neue Bauwerke aufzuführen, sie aber nach außen hin dem alten Stil anzupassen. Innen werden die Häuser aber zum Glück der dortigen Bewohner ein ganz neues, modernes und zweckentsprechendes Gesicht bekommen, so daß man in ihnen auch leben und gesund sein kann.

- - -

Die Getränkesteuer - eine unentbehrliche Gemeindeeinnahme
=====

24. März (RK) Seit einigen Wochen wird in der Öffentlichkeit gegen die Getränkesteuer zu Felde gezogen. Seit vielen Jahren haben jedoch die Gemeinden das Recht, alle Getränke mit Ausnahme von Milch und Bier mit einer zehnpromzentigen Steuer vom Verkaufspreis zu belegen. All die Jahre war diese Besteuerung von Getränken, die zum allergrößten Teil als Genußmittel bezeichnet werden müssen, für alle Beteiligten erträglich, für die Verkäufer ebenso wie für die Konsumenten. Es ist daher unverständlich, daß gerade in unserer Zeit der Konjunktur und eines gehobenen Lebensstandards die Getränkesteuer, eine wichtige Einnahmequelle der Gemeinden, geradezu als eine öffentliche Gefahr dargestellt wird. Ebenso wenig glaubhaft ist es, daß das Heil Österreichs von einer Steigerung des Weinkonsums durch Abschaffung der Getränkesteuer abhängen soll.

Das Sekretariat des Österreichischen Städtebundes hat sich deshalb mit dem Österreichischen Gemeindebund in Verbindung gesetzt, um der gegen die Aufrechterhaltung der Getränkesteuer gerichteten Propaganda entgegenzutreten. Die Gemeinden haben durch die bisher erfolgten Senkungen der Einkommensteuer, die eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, bereits eine namhafte Einbuße erlitten und haben mit ihrer vollen Auswirkung noch zu rechnen. Sie können daher auf Einnahmen aus eigenen Steuern nicht verzichten. Gerade die Getränkesteuer, von der fast nur Genußmittel betroffen sind, zu senken oder gar aufzulassen, wäre unverständlich und nicht gerechtfertigt; umso mehr, als ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Steuer aus dem Fremdenverkehr stammt.

- - -